

10. April 2025 | GEMEINDEN

Der Steinbruch und die Straßenfrage

Verkehr Die Straße zwischen Bölgental und Gröningen ist auch mit Haltebuchten und verstärkten Banketten völlig ungeeignet für den Steinbruchverkehr, hieß es einstimmig vom Gemeinderat von Satteldorf.

Von **Ute Bartels**



Haltebuchten, ertüchtigtes Bankett und verbreiterte Kurven sollen den Abtransport aus dem Steinbruch laut Landratsamt ermöglichen. Foto: Ute Bartels

Wieder war der Steinbruch Bölgental Gegenstand der Satteldorfer Gemeinderatssitzung. Und wieder ärgerten sich die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte über das Landratsamt. Es sei ein „Schnellschuss“, „unausgegoren“ und „nicht transparent“. Dabei ging es diesmal nur indirekt um das Genehmigungsverfahren. Es ging vor allem um die Kreisstraße K 2508 zwischen Gröningen und Bölgental. Genauer gesagt um den Streckenabschnitt, den die Laster

befahren sollen, wenn der Steinbruch in Betrieb ist.

Der Landkreis will diese Straße nun fit machen für den Abtransport des Muschelkalks. Damit die Straße diesen Verkehr fasst, soll sie sieben Haltebuchten bekommen. Außerdem sollen die Bankette ertüchtigt und Kurven verbreitert werden. Sonst aber besitze die Straße „grundsätzlich die straßenbautechnischen Voraussetzungen, um den zukünftigen Verkehr des Steinbruchbetriebs aufnehmen zu können“, hieß es im Gutachten des Landratsamts, das in der Gemeinderatssitzung am Montagabend vorlag. Mit diesen Baumaßnahmen will das Landratsamt nun das Genehmigungsverfahren „heilen“, das heißt es will die Punkte beseitigen, die der Verwaltungsgerichtshof Mannheim in seinem Urteil bemängelt hatte.

Das ist alles völlig unausgegoren. Wir können da in keiner Weise zustimmen.

Wilhelm Wackler

Gemeinderat

Denn unjuristisch ausgedrückt hatte der Gerichtshof der Gemeinde in ihrer Ablehnung des Steinbruchs recht gegeben, weil die Erschließung des Steinbruchs nicht gesichert sei. Warum aber lag die Causa Steinbruch wieder auf dem Tisch des Gemeinderats? Der Grund ist einfach: Werden Straßen verbreitert, müssen die sogenannten Träger öffentlicher Belange angehört werden, dazu gehören auch die Gemeinden. Und die Stellungnahme der Gemeinde Satteldorf fiel hier eindeutig aus: „Wir finden, dass die Unterlagen erhebliche Bedenken begründen“, erklärte Bürgermeister Thomas Haas. „Die geplante Ertüchtigung ist unzureichend.“

Die Kritik liegt im Zustand der Straße begründet. Belag und Unterbau seien ungeeignet und die Straße viel zu schmal. Daran änderten auch die wenigen Ausweichstellen nichts. Abgesehen davon sei die Situation nur außerorts betrachtet worden, wobei der Verkehr innerorts eine viel größere Herausforderung darstelle, so Haas. In diesem Sinne wolle die Gemeinde die Ablehnung begründen, sagte Haas und nahm auch Hinweise von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten auf: „Wenn der Schwerlastverkehr auf der schmalen Straße unterwegs ist, wie sollen denn die Besucher der Hammerschmiede vom Parkplatz zum Weg nach unten kommen?“, fragte etwa Gemeinderat Steffen Humper. „Da muss unbedingt ein Fußgängerweg hin.“

Gemeinderäte zweifeln

Gemeinderat Dieter Hüttner bemängelte die Planung an der scharfen Straßenkehre über den Rotbach. Dort sind die Haltebuchten in einigem Abstand vor und nach der Kehre geplant. „Dazwischen gibt es nicht einmal eine Sichtverbindung. Wie soll das gehen?“ Für Gemeinderätin Stefanie Rein-Häberlen stellten sich gleich mehrere Fragen: „Was ist mit den Gräben, wenn die Bankette geschottert werden? Verfüllen die sich dann? Muss man verdohlen? Und wer ist überhaupt der Bauherr? Macht da die Firma ein Erschließungsangebot? Oder macht das der Landkreis? Und wer trägt die

Kosten?“, und weiter: „Warum herrscht da nicht mehr Transparenz vonseiten des Landratsamts?“ „Wir wissen auch nicht mehr“, antwortete Bürgermeister Haas. Nur so viel: „In der Begleitmail ist das Straßenbauamt als Antragsteller genannt. Weitere Unterlagen haben wir nicht.“ „Wenn ich sehe, dass der Baubeginn schon im zweiten Quartal 2025 sein soll, dann riecht das nach Schnellschuss“, sagte Humpfer. Und Gemeinderat Wilhelm Wackler erklärte: „Das ist alles völlig unausgegoren. Wir können da in keiner Weise zustimmen.“

Und tatsächlich: Einstimmig und ohne Gegenstimmen beschloss der Gemeinderat, Haltebuchten und weitere Ertüchtigungen nicht zu befürworten. Der Gemeinderat ermächtigte die Verwaltung vielmehr, gegenüber dem Landratsamt ablehnend Stellung zu beziehen.
